
Manifest des Kongresses für kulturelle Freiheit, Berlin, 26. – 30. Juni 1950

Zusammenfassung

Dieses Manifest diente als Abschlußdokument des Kongresses für kulturelle Freiheit, einer Veranstaltung, auf der sich Ende Juni 1950 etwa 121 antikommunistische Schriftsteller, Künstler, Politiker und Intellektuelle aus nahezu sämtlichen westlichen Ländern, besonders aber aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Westdeutschland, in West-Berlin trafen. Dort diskutierten sie die Möglichkeiten einer konzertierten antikommunistischen Aktion prowestlicher Intellektueller im Kampf gegen den stalinistischen Kommunismus. Aus dem Berliner Kongreß erwuchs dann der Congress for Cultural Freedom (CCF), eine weltweit operierende Organisation liberaler, antikommunistischer Intellektueller, die 1967 ihre Tätigkeit einstellen mußte, nachdem Beweise an die Öffentlichkeit gedrungen waren, die belegten, daß der CCF vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert worden war.

Einleitung

Das Manifest von 1950 war zugleich Schlußpunkt und Startfanfare. Es beendete eine seit den späten 1930er Jahren anhaltende Phase der Verunsicherung linksliberaler und sozialdemokratischer, vormals häufig kommunistischer Intellektueller und Politiker über ihren Kurs gegenüber der Sowjetunion und dem Stalinismus. Seit etwa 1943 hatten sich vor allem in den Vereinigten Staaten und Großbritannien kleinere, voneinander unabhängige Zirkel gebildet, in denen schon früh darüber diskutiert worden war, wie man der kulturell-ideologischen Offensive der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien in aller Welt begegnen sollte. Zu diesen Gruppen zählten beispielsweise die New York Jewish Intellectuals, die sich um die Zeitschriften "New Leader", "Partisan Review" und "Commentary" gesammelt hatten, darunter Irving Kristol, Norman Podhoretz, Philip Rahv und andere mehr, aber auch die den Demokraten nahestehende Union for Democratic Action (UDA), aus der nach dem Zweiten Weltkrieg die Americans for Democratic Action (ADA) hervorgehen sollte (hierzu zählten zum Beispiel John Kenneth Galbraith, George F. Kennan, J. Robert Oppenheimer oder Arthur M. Schlesinger Jr.), der amerikanische Gewerkschaftsverband American Federation of Labor (AFL) angeführt von Irving Brown, britische Intellektuelle um die Zeitschrift "Horizon", darunter George Orwell, sowie vereinzelte Politiker und Schriftsteller aus Italien (Ignazio Silone, Nicola Chiaromonte) und Frankreich (Raymond Aron). Zu ihnen gesellten sich im Laufe der Zeit weitere wichtige zeitgenössische Persönlichkeiten, die ebenfalls oft einen kommunistischen Hintergrund hatte, so etwa der Philosoph und Schriftsteller Arthur Koestler, die frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ruth Fischer oder die Philosophen und Publizisten Sidney Hook und James Burnham. Insgesamt handelte es sich um recht disparate Zirkel, die unterschiedlich radikale Formen von Antikommunismus meist mit liberalen Reformideen verbanden.

Es war dann der Publizist und Herausgeber der von den US-amerikanischen Besatzungsbehörden in Westdeutschland initiierten Kulturzeitschrift "Der Monat", Melvin J. Lasky, der ab 1948 angesichts der wachsenden kommunistischen

Friedensoffensive in den USA und Westeuropa die Koordination dieser unterschiedlichen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen in die Hand nahm. Dabei wurde er schon frühzeitig von dem CIA-Agenten Michael Josselson unterstützt. Angesichts kommunistischer Propagandaerfolge durch Intellektuellenkonferenzen in Paris und New York, aber auch angesichts nationalneutralistischer Strömungen gerade in Frankreich, Italien und Westdeutschland, wollten Lasky und seine Mitarbeiter ein öffentlichkeitswirksames Zeichen gegen den kommunistischen und neutralistischen Einfluß in Europa setzen. So kamen sie auf die Idee, eine Art "Weltparlament" liberaler Intellektueller einzuberufen, das sich faktisch hauptsächlich aus den Beiträgern des "Monat" zusammensetzte. Auf diesem Kongreß sollte dem kommunistisch besetzten Begriff des "Friedens", wie er etwa von den sogenannten "Weltfriedenspartisanen" benutzt wurde, das westliche Konzept der Freiheit (der Kultur) entgegengesetzt werden. Die Finanzierung lag bei der AFL und der CIA. Rasch einigten Lasky, Koestler, Fischer und Josselson sich auf Berlin als symbolträchtigen Standort für diese Veranstaltung. Vom 26. bis 30. Juni 1950 fand dann der Kongreß für kulturelle Freiheit in West-Berlin statt.

Rasch zeigte es sich, daß die anwesenden Politiker und Intellektuellen zwar allesamt antikommunistische Positionen vertraten, allerdings in ganz unterschiedlich radikaler Form. Auf der einen Seite stand, angeführt von Koestler, Burnham und Franz Borkenau, eine Fraktion ehemaliger Stalinisten, die einen mitunter fanatischen Ton anschlug. Ihnen stellte sich eine Gruppe Moderater entgegen. Unter ihnen ragten Silone, der britische Philosoph Alfred J. Ayer, der deutsche Historiker Golo Mann und der britische Historiker Hugh Trevor-Roper heraus. Da allerdings ausgerechnet während des Kongresses nordkoreanische Truppen Südkorea überfielen und damit den Koreakrieg auslösten, setzten sich gegen Ende der Veranstaltung die radikalen Antikommunisten durch. Das Manifest, von Koestler, Manès Sperber, Lasky, Burnham, Schlesinger und Hook verfaßt, trug ihren Stempel. In ihm wurde ein absoluter Primat der Freiheit verfochten, während jede Form des Totalitarismus strikt verurteilt wurden.

Mit dem Manifest endete indes nicht die Geschichte des Kongresses für kulturelle Freiheit. Angesichts der kommunistischen Bedrohung beschloß man noch im Sommer 1950, den Kongreß als Congress for Cultural Freedom (CCF) organisatorisch zu perpetuieren. Erst in Brüssel, dann in Paris wurde ein Generalsekretariat eingerichtet, von dem aus Josselson und der exilrussische Musiker Nicholas Nabokov die internationalen Aktivitäten der neuen Organisation auf der Grundlage des Manifests von 1950 orchestrierten. Diese Aktivitäten bestanden zuvörderst in der Publikation hochwertiger Kulturzeitschriften nach dem Vorbild des "Monats", so etwa "Preuves" in Frankreich, "Tempo Presente" in Italien oder "Encounter" in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Zusätzlich organisierte man Großveranstaltungen und Konferenzen, gerne in Frankreich und Italien, wo starke kommunistische Parteien und ein ausgeprägter Antikommunismus existierten. Schließlich wurden weltweit nationale Sektionen des CCF gegründet, mit deren Hilfe man auf die jeweilige örtliche Situation reagieren wollte.

Ab 1952 verloren dann das Manifest und die dahinterstehenden radikal antikommunistischen Kreise innerhalb des CCF an Einfluß. Insbesondere Michael Josselson, der CIA-Agent in der Kongreßführung, trat für eine technokratischere, moderate Variante des Antikommunismus ein. Dem aus den USA einströmenden McCarthyismus standen er und die anderen Gemäßigten skeptisch bis feindselig gegenüber. Spätestens ab 1955 verfocht der CCF eine Ideologie, die in der Forschung als Konsensliberalismus bezeichnet wird, eine Mischung aus

Liberalismus, Pragmatismus, Keynesianismus, Internationalismus und Kosmopolitismus. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Soziologen Aron, Edward Shils und Daniel Bell zu den intellektuellen Vordenkern des CCF. Sie propagierten zusätzlich die Idee des "Endes der Ideologien", das heißt die Vorstellung, fortgeschrittene Industriegesellschaften würden aus Sachzwängen heraus über kurz oder lang zugunsten einer pragmatischen Politik auf ideologische Vorgaben verzichten.

Der CCF war in den 1950er und 1960er Jahren auch in Westdeutschland aktiv, wo er weniger Kommunisten als vielmehr Nationalneutralisten, etwa Anhänger Sartres oder Martin Niemöllers attackierte. Unter seinen Mitgliedern fanden sich Sozialdemokraten wie Willy Brandt, Carlo Schmid, Ernst Reuter und Max Brauer, aber auch bekannte Intellektuelle, darunter Heinrich Böll, Siegfried Lenz, Stefan Andres und andere mehr. Insgesamt wird man kaum behaupten können, daß die nationale Sektion des CCF in Westdeutschland besonders erfolgreich in ihren Aktionen war. Immerhin gelang es ihr, gegen den Willen der Pariser CCF-Führung, die Spaltung des deutschen PEN-Zentrums zu befördern. Ansonsten war es primär "Der Monat", von dem erhebliche Wirkungen auf das geistige und politische Leben Westdeutschlands ausgingen. Unter dem Banner des Antikommunismus traten "Der Monat" und der CCF in Westdeutschland unter anderem für eine ideell-kulturelle Anpassung an die Vorgaben des angelsächsisch konnotierten Westens ein. In der historischen Forschung hat sich dafür der Begriff der "Westernisierung" eingebürgert. Insbesondere propagierte man gegen die deutsche geistesgeschichtliche Tradition den bewußt politischen, liberalen Intellektuellen und beförderte innerhalb der SPD konsensliberales und keynesianisches Gedankengut, was dazu beigetragen haben dürfte, die Godesberger Wende der SPD zur nichtmarxistischen Volkspartei 1959 zu befördern.

In den mittleren 1960er Jahren kam es dann auf globaler Ebene zum erst allmählichen und dann abrupten Ende des CCF. Einerseits waren die führenden Intellektuellen der Organisation allzu sehr der intellektuellen Lebenswelt der Jahre vor 1955 verhaftet geblieben. Ihre Vorstellungen von geistiger Exzellenz deckten sich nicht mehr mit denen einer neuen Generation. Folgerichtig hatte der CCF keinen Nachwuchs mehr. Zudem lehnte die junge Neue Linke das konsensliberale, evolutionär-reformistische Gedankengut dieser frühen Reformer der 1950er Jahre, insbesondere die Lehre vom Ende der Ideologien rundweg ab. Schließlich wurde von der linkskatholischen Zeitschrift "Ramparts" und der "New York Times" 1966/67 enthüllt, daß die CIA den CCF in hohem Maße finanziert hatte. Zwar konnte nie nachgewiesen werden, daß die Meinungen der Mitglieder und Anhänger des CCF auf diese Weise "gekauft" worden waren, aber die Reputation der Organisation als Vorkämpferin intellektueller Freiheit war dahin. 1967 stellte sie ihre Tätigkeit ein. Eine Nachfolgeorganisation, die International Association for Cultural Freedom (IACF) unter Leitung des Repräsentanten der Ford-Foundation Shephard Stone dümpelte für ein paar Jahre erfolglos dahin, ehe sie 1977 gleichfalls von der Bildfläche verschwand. In Westdeutschland fand sich immerhin bis 1976 eine lokale Sektion des alten, längst untergegangenen CCF in Hamburg, wo sich aus dem Umfeld der Redaktion der "Zeit" einige Redakteure, darunter Marion Gräfin Dönhoff, fanden, die mit dem gemäßigten liberalen Antikommunismus und Reformismus des CCF sympathisiert hatten.

Michael Hochgeschwender

Quellen- und Literaturhinweise

Berghahn, V. R., America and the Intellectual Cold Wars in Europe, Princeton 2001.

Coleman, P., *The Liberal Conspiracy: The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe*, London 1989.

Grèmon, P., *L'Intelligence de l'Anticommunisme: Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris*, Paris 1995.

Hochgeschwender, M., *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998.

Stonor Saunders, F., *Who Paid the Piper? The CIA and the Cultural Cold War*, London 1999.

Manifest

1. Wir halten es für eine axiomatische Wahrheit, daß die Freiheit des Geistes eines der unveräußerlichen Menschenrechte ist.

2. Diese Freiheit besteht in erster Linie im Recht des Einzelnen, eigene Meinungen zu bilden und zu äußern, und zwar namentlich auch dann, wenn sie von den Meinungen der Obrigkeit abweichen. Der Mensch wird zum Sklaven, wenn er des Rechtes beraubt wird, "nein" zu sagen.

3. Freiheit und Friede sind untrennbar verbunden. In jedem Lande, unter jedem Regime, fürchtet die überwältigende Mehrheit des Volkes den Krieg und lehnt ihn ab. Die Kriegsgefahr ist gegenwärtig, sobald eine Regierung die Organe der Volksvertretung knebelt und damit das Volk außerstande setzt, zum Krieg "nein" zu sagen.

Der Friede kann nur gesichert werden, wenn jede Regierung ihre Handlungen erstens der Kontrolle ihres Volkes unterwirft und sie zweitens, insofern sie den Frieden bedrohen können, einer internationalen Autorität unterstellt, deren Beschlüsse sie als bindend anerkennt.

4. Wir glauben, daß die Hauptursache der gegenwärtigen weltweiten Unsicherheit durch die Politik von Regierungen entsteht, die sich mit Worten zum Frieden bekennen, sich aber weigern, die grundlegenden Bedingungen einer solchen doppelten Kontrolle auf sich zu nehmen. Die Geschichte lehrt, daß man Kriege unter jedem beliebigen Schlagwort vorbereiten und führen kann, auch unter dem Schlagwort des Friedens. "Friedenskampagnen", hinter denen kein Beweis eines echten Friedenswillens steht, gleichen dem Papiergeld einer ungedeckten Währung. Die Welt wird es dann geistig gesunden und ihre Sicherheit wiederfinden, wenn dieses Falschgeld des Friedens nicht mehr für bare Münze genommen wird.

5. Freiheit beruht darauf, daß der Ausdruck abweichender Meinungen geduldet wird. Es ist logisch unmöglich und moralisch nicht annehmbar, sich auf den Grundsatz der Duldsamkeit zu berufen, um eine Praxis der Unduldsamkeit zu rechtfertigen.

6. Keine politische Ideologie, keine ökonomische Theorie kann sich das allgemeine Recht anmaßen, den Begriff der Freiheit zu bestimmen. Vielmehr muß der Wert aller Ideologien und Theorien nach dem Ausmaß der praktischen Freiheit beurteilt werden, die sie dem Einzelnen gewähren. Wir glauben ferner, daß keine Rasse, Nation, Klasse oder Glaubensgemeinschaft das ausschließliche Recht beanspruchen darf, die Idee der Freiheit zu verkörpern oder irgendeiner Gruppe von Menschen im Namen einer noch so edlen Theorie die Freiheit vorzuenthalten.

Jede menschliche Gemeinschaft kann und soll nach dem Maß und der Art der Freiheit bewertet werden, die sie ihren Mitgliedern einräumt.

7. In Zeiten der Not wird die Freiheit des Einzelnen im wahren oder mutmaßlichen Interesse der Gemeinschaft Einschränkungen unterworfen. Derartige Einschränkungen sollten sich auf ein Mindestmaß deutlich abgesteckter Gebiete beziehen, sie sollten ferner immer als zeitweilige und begrenzte Notlösungen und als

ein der Gemeinschaft auferlegtes Opfer betrachtet werden; schließlich sollten die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen selbst immer der Kritik und der demokratischen Überwachung unterliegen. Nur dann besteht die Aussicht, daß zeitweilige Notmaßnahmen, welche die individuelle Freiheit einschränken, nicht zur dauernden Tyrannei ausarten.

8. In totalitären Staaten werden heute Einschränkungen der Freiheit von vornherein nicht als ein vorübergehendes Opfer hingestellt, das man dem Volke auferlegt, sondern im Gegenteil als ein Triumph des Fortschritts und als die Errungenschaft einer überlegenen Zivilisation. Wir sind der Ansicht, daß sowohl die Theorie wie die Praxis dieser Staaten den Grundrechten des Individuums und dem eigentlichen Streben der Menschheit zuwiderläuft.

9. Wir glauben, daß es keine Sicherheit in der Welt geben kann, solange die Menschheit in bezug auf die Freiheit in Habende und Habenichtse aufgeteilt bleibt. Die Verteidigung der bestehenden Freiheiten und die Wiedereroberung der verlorenen Freiheiten ist ein einziger, unteilbarer Kampf.

10. Wir halten die Gefahr, die sich im totalitären Staat verkörpert, für um so größer, als die Wirksamkeit seiner Zwangsmittel die aller früheren Despoten der Geschichte übertrifft. Der Bürger eines solchen Staates muß sich nicht nur aller Verstöße gegen die Gesetze enthalten, sondern auch seine Gedanken und Handlungen restlos einer bestehenden Schablone anpassen. Die überkommene Form der "negativen Tyrannei" ist durch eine "positive Tyrannei" abgelöst worden: man wird jetzt auf Grund so undeutlich umschriebener, jede Auslegung zulassender Anklagen verfolgt und verurteilt, wie etwa, ein "Volksfeind" oder ein "sozial unzuverlässiges Element" zu sein.

11. Wir glauben aus diesem Grunde, daß Theorie und Praxis des totalitären Staates die größte Bedrohung darstellen, der sich der Mensch in seinem geschichtlichen Dasein bisher gegenübergesehen hat.

12. Gleichgültigkeit und Neutralität kämen angesichts einer solchen Drohung einem Verrat an den wesentlichsten Werten der Menschheit gleich, einer Abdankung des freien Geistes. Von unserer Antwort auf diese Bedrohung hängt es ab, ob das Menschengeschlecht den Weg zum Konzentrationslager-Staat oder zur Freiheit einschlagen wird.

13. Die Verteidigung der kulturellen Freiheit verpflichtet uns heute, unseren Beitrag zur Entwicklung einer Kultur zu leisten, welche die von der gegenwärtigen Weltrevolution aufgeworfenen Probleme geistig bewältigt.

14. Wir richten dieses Manifest an alle Menschen, die den festen Willen haben, bestehende Freiheiten zu verteidigen, verlorene Freiheiten wiederzugewinnen und neue Freiheiten zu schaffen.

Hier nach: Manifest, in: Der Monat, Nr. 22/23 (1950), S. 483-484.

© Faksimile: BSB München

Hier nach: Der Monat, Nr. 22/23 (1950), S. 483-484.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0139_kul.pdf

Datum: 19. September 2011 um 00:26:14 Uhr CEST.

© BSB München
